



Presseschau vom 17.04.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: USA liefern an die Ukraine „nutzlose“ Panzerabwehrraketen – Medien

Die USA versorgen die Streitkräfte der Ukraine mit Schiffsabwehrraketen vom Typ „Harpoon“. Wie die chinesische Ausgabe „Phoenix“ berichtet, sind diese Lieferungen eher von einer symbolischen Bedeutung, denn die russische elektronische Kampfführung (EloKa) kann diese Raketen problemlos vom Kurs abbringen.

Die USA hatten Anfang 2018 die Absicht bekundet, die Waffenlieferungen an die Ukraine nach einem Zwischenfall in der Meerenge von Kertsch vom vergangenen November aufzustocken, als der russische Grenzschutz drei ukrainische Marineschiffe wegen illegalen Grenzübertritts festgesetzt hatte.

Die „Harpoon“-Rakete war 1977 in Dienst gestellt worden. Das chinesische Blatt ist der Ansicht, dass eine solche Hilfe nur als „moralische Beruhigung der Ukrainer“ bezeichnet werden kann. Die Rakete hat eine Geschwindigkeit von höchstens 0,85 Mach und kann von modernen Luftabwehrmitteln leicht geortet werden.

„Die äußerst schöne Rakete ist somit absolut nutzlos. Mit dem Verkauf dieser Waffe an die Ukraine verstärkt Washington nur Druck auf Russland. Indes stellen diese Raketen so gut wie keine militärische Bedrohung für Russland dar“, schreibt „Phoenix“.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32219/69/322196920.jpg>

telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, wurde heute ab 19:45 Uhr das Gebiet der **Wasiljewker Pumpstation** erster Ebene der Jushnodonbasskij-Wasserwerke von Seiten der BFU mit Mörsern des Kalibers 120mm, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen. Derzeit hält der Beschuss an, das Personal der Station befindet sich im Schutzraum. Informationen über Schäden werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: **Iran: Parlament stuft US-Zentralkommando als Terrororganisation ein**

Das iranische Parlament hat das amerikanische Zentralkommando Centcom, das für die US-Truppen im Nahen Osten zuständig ist, als Terrororganisation eingestuft. Für ein entsprechendes Gesetz stimmten am Dienstag 204 Abgeordnete bei zwei Gegenstimmen, meldet die Nachrichtenagentur Mehr.

Damit reagierte das Parlament auf die Entscheidung von US-Präsident Donald Trump, die iranische Eliteeinheit Revolutionsgarden zur Terrororganisation zu erklären.

Das Gesetz stuft jede Hilfe für Centcom als Terrorismus ein und verpflichtet die Regierung in Teheran dazu, die Konsequenzen, die sich aus der Anerkennung der Revolutionsgarden als Terrororganisation ergeben könnten, durch Verhandlungen mit anderen Ländern und internationalen Organisationen zu abzumildern.

Zuvor hatte bereits der Oberste Sicherheitsrat des Iran die Vereinigten Staaten zum Förderer von Terrorismus erklärt.

de.sputniknews.com: **Georgiens Ex-Staatschef Saakaschwili als Berater von Präsidentenkandidat Selenski**

Georgiens Ex-Präsident Michail Saakaschwili hat die Rolle eines Beraters des ukrainischen Präsidentenkandidaten Wladimir Selenski übernommen. Im YouTube-Kanal postete Saakaschwili ein Video, in dem er die Überzeugung äußerte, dass Selenski als Sieger aus der Stichwahl am 21. April hervorgehen wird.

„Das Schicksal der Ukraine, die ich genauso liebe wie Georgien, ist mir gar nicht gleichgültig“, sagte Saakaschwili. Als Erstes empfiehlt er Selenski, hart gegen die Korruption in der Ukraine vorzugehen. Als Beispiel führte er Georgien an, in dem für den Kampf gegen die Bestechlichkeit das gesamte Rechtssystem geändert werden musste.

„Menschen, denen Sie bei dieser Wahl eine Niederlage beibringen werden, sind Mafia“, fuhr der Ex-Präsident fort. Nach der Wahl sollte Selenski unverzüglich einen neuen Generalstaatsanwalt benennen sowie Strafverfahren gegen Petro Poroschenko und seine

Umgebung anstrengen, hieß es im Video.

Bei der Wahl vom 31. März hatte Selenski mit 30,24 Prozent der Stimmen klar gegen Amtsinhaber

Poroschenko gewonnen, der nur auf knapp 16 Prozent der Stimmen kam.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31979/43/319794348.jpg>

vormittags:

mil-lnr.info: In den letzten 24 Stunden wurde kein Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

de.sputniknews.com: S-400-Erwerb: Washington und Ankara weiterhin uneinig

Die USA und die Türkei haben bei den jüngsten Beratungen die Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des Erwerbs der russischen Raketenabwehrsysteme S-400 durch die Türkei nicht überwinden können. Darüber schreibt die US-amerikanische Zeitung „The Wall Street Journal“.

„Die Vereinigten Staaten und die Türkei waren nicht in der Lage, einen Weg aus der Sackgasse bezüglich Ankaras Plänen zur Aufstellung russischer Flugabwehrsysteme in diesem Sommer zu finden, die laut Pentagon eine Bedrohung für US-Kampffjets in der Region darstellen könnten“, heißt es im Artikel.

Dabei soll der Sprecher des türkischen Präsidenten, Ibrahim Kalin, die Hoffnung geäußert haben, dass die US-amerikanische Seite keine Sanktionen im Zusammenhang mit dem S-400-Kauf gegen Ankara verhängen werde.

Gleichzeitig habe er darauf hingewiesen, dass Ankara auch die Möglichkeit des Erwerbs der US-amerikanischen Luftabwehrsysteme Patriot nicht ausschließe, die aber keinen Ersatz für die S-400 darstellen würden. „Es wäre interessant zu prüfen, welche von ihnen besser sind“, so Kalin.

Die Aufstellung der Raketenabwehrsysteme S-400 in der Türkei werde wahrscheinlich in den nächsten zwei oder drei Monaten erfolgen, heißt es weiter im Beitrag. „Damit bleibt wenig Zeit für die Lösung der kontroversen Frage.“

Zuvor hatte der türkische Präsident Erdogan bekräftigt, dass die Türkei als souveräner Staat das Recht habe, über den Kauf der S-400-Systeme zu entscheiden. Dieser Schritt werde für die nationale Sicherheit des Landes unternommen.

Der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu hatte wiederum erklärt, dass Ankara mit Moskau einen weiteren Deal zu Lieferungen von S-400 abschließen könne, sollten die USA der Republik die Lieferungen von Patriot-Luftabwehrsystemen verweigern.

Dan-news.info: Ein Dutzend Stück **Technik für die städtischen Dienste** ist über die humanitäre Hilfe aus Russland in die DVR geliefert worden, teilte heute eine informierte Quelle aus der Regierung der DVR mit.

„Eine recht große Partie Müllwagen, Ladebagger und Busse. Insgesamt 12 Stück“, sagte er. Insgesamt erwarten die kommunalen Dienste der DVR aus Russland mindestens 100 Stück Technik. Diese Zahl wird es erlauben, den Fahrzeugpark der kommunalen Dienste erheblich zu erneuern, wo derzeit ein erheblicher Mangel an technischen Mitteln herrscht. Eine erste Partie von 10 Stück Spezialtechnik war bereits am 8. November in der Republik eingetroffen.

de.sputniknews.com: „**Die Welt braucht Frieden statt Kriegsbindnisse**“ – **Aufruf zum Ostermarsch 2019**

Tilo Gräser

Die lokalen und regionalen Gruppen der bundesdeutschen Friedensbewegung rufen zum traditionellen Ostermarsch auf. Gegen Krieg und Aufrüstung, für Frieden und Entspannung – dafür werden auch in diesem Jahr Zehntausende bundesweit zu Ostern auf die Straßen gehen. In Berlin macht der Aufruf dazu klar: „Nein zur Nato!“

Der Austritt aus der Nato gehört zu den Forderungen des diesjährigen Ostermarsches in Berlin am kommenden Samstag. Hauptforderung ist wie bei den anderen bundesweit mehr als 100 Veranstaltungen dieser Art zu Ostern „Abrüsten statt Aufrüsten“. Die Ostermärsche der bundesdeutschen Friedensbewegung gibt es seit mehr als 50 Jahren.

In Berlin wird am Ostersamstag gegen die nun 70-jährige Nato als Kriegsbindnis protestiert. Das kündigte Mitorganisatorin Laura von Wimmersperg von der Berliner „Friedenskoordination“ (Friko) gegenüber Sputnik an. „Die Menschen wissen und fühlen, dass die Situation brenzlich ist“, erklärte sie. Daher rechne sie mit gutem Zuspruch am Samstag.

„Die Welt braucht Frieden statt Kriegsbindnisse“, so der Aufruf zum diesjährigen Ostermarsch in Berlin. In diesem wird an die Geschichte der Nato erinnert, die trotz des Endes des Kalten Krieges 1989/90 weiterexistiert. Der Krieg des westlichen Bündnisses vor 20 Jahren gegen Jugoslawien habe offengelegt, dass es sich dabei um „ein weltweit operierendes Angriffsbindnis“ handelt.

Gegen Nato-Aufmarsch und Bedrohung Russlands

Ebenso wird an die weiteren Kriege und Interventionen der westlichen Staaten unter Führung der USA und ihrer Verbündeten erinnert. „Heute steht die Welt vor den Scherben dieser völkerrechtswidrigen Politik, Regierungen anderer Länder zu stürzen, von Afghanistan, Irak, Libyen bis Syrien“, heißt es im Aufruf. Und weiter: „Die Bundesrepublik bedient sich der Nato und der EU-Militarisierung, um ihre Einflusszonen zu erweitern und sich ihren ‚Platz an der Sonne‘ bei der Aufteilung der Welt zu sichern. Inzwischen beteiligt sich die Bundeswehr an 14 Auslandseinsätzen.“

Die Ostermarsch-Organisatoren wenden sich ebenso gegen die fortgesetzte Einkreisung und Bedrohung Russlands durch die nach Osten erweiterte Nato. Diese stehe heute an der Westgrenze Russlands, einschließlich der Bundeswehr. Manöver und Truppenaufmärsche würden in eine gefährliche Eskalationsschraube führen, ebenso die zunehmende Aufrüstung, die mit einer angeblichen russischen Gefahr begründet wird.

Im Aufruf ist dazu zu lesen: „Zur Rechtfertigung dieses Wahnsinns wird mit Hilfe von willigen Medien Russland zur Bedrohung und zum Feind aufgebaut. Alle Vorschläge der russischen Regierung, anstehende Probleme gemeinsam zu lösen, werden abgelehnt. Aber ohne Russland gibt es keine Lösung internationaler Probleme.“

Die Forderungen reichen von Milliarden Euro für soziale Sicherheit statt für Aufrüstung und einem Ende der westlichen Sanktionen gegen andere Staaten über den Abzug der US-Streitkräfte und der US-Atomwaffen aus der Bundesrepublik bis hin zum Ende der Bundeswehr-Einsätze im Ausland und der weiteren Aufrüstung von EU und Nato. Statt

fortgesetzter Konfrontation gegenüber Russland sei eine Politik der Entspannung notwendig, wird an die Bundesregierung appelliert.

Altes und weiter aktuelles Ziel: Nukleare Abrüstung

Das große Ziel ist es laut Aufruf, „die Welt von Aufrüstung und Krieg zu befreien“. „Es sind ja leider so viele Probleme, die wir nicht alle abdecken können“, stellte Organisatorin von Wimmersperg fest. „Im Zentrum stehen vor allem die Kriegslügen der Nato und damit auch der Feindbildaufbau gegenüber Russland und aktuell auch gegenüber China. Das ist eine sehr wichtige Aufgabe für uns, dass wir uns dem entgegenstellen.“

Nach ihren Worten werden bei der Auftaktkundgebung des Berliner Ostermarsches am Samstag am Rosa-Luxemburg-Platz, vor der Volksbühne, Michael Müller, Bundesvorsitzender der Naturfreunde Deutschlands, sowie der Liedermacher Hartmut König, Mitbegründer des DDR-Singeklubs „Oktoberklub“, sprechen. Zum Abschluss werde Jutta Kausch von der Friko Berlin reden.

Bundesweit starten die Ostermärsche an einigen Orten bereits am Freitag. Bis zum Ostermontag gibt es entsprechende Demonstrationen und Veranstaltungen an verschiedenen Orten und in den Regionen. Den ersten Ostermarsch weltweit gab es 1958 in London, 1960 folgte der erste in der Bundesrepublik. Zu Beginn ging es vor allem gegen die nukleare Aufrüstung.

Nachdem die Bewegung in den 1970er Jahren von der Bildfläche verschwand, erlebt sie in den 1980er Jahren in Folge der sogenannten Nato-Nachrüstung einen neuen massenhaften Aufschwung. Hunderttausende nahmen jährlich seit 1982 daran teil. Mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Zerfall des Ostblocks sind die Teilnehmerzahlen wieder gesunken. In den letzten Jahren werden aber wieder Zehntausende bundesweit gemeldet, die zu Ostern für Frieden demonstrieren.

In Berlin beginnt der Ostermarsch am Samstag um 13 Uhr vor der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin-Mitte. Er endet gegen 15 Uhr ebenfalls vor der Volksbühne.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32471/90/324719045.jpg>

Das vollständige Interview mit Laura von Wimmersperg zum Nachhören:

<https://soundcloud.com/sna-radio/ostermarsch-2019-die-welt-von-aufrustung-und-krieg-zu-befreien>

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 16. April 3:00 Uhr bis 17. April 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 11.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Wasiljewka, Dokutschajewsk, Leninskoje, Oktjabrj, Kominternowo, Sachanka.**

Wie schon mitgeteilt wurde, wurde, haben die BFU gestern das Gebiet der Wasiljewker Pumpstation mit Mörsern des Kalibers 120mm, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 181.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 172.

Ab 01:01 Uhr am 8. März 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung, der „Frühlings“waffenstillstand in Kraft.

de.sputniknews.com: **Vermittler zwischen Belgrad und Pristina – So schätzt Lawrow EU-Rolle ein**

Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat während der heutigen Verhandlungen mit seinem serbischen Amtskollegen Ivica Dacic die Vermittlungsrolle der EU im Dialog zwischen Belgrad und Pristina eingeschätzt.

„Wir rufen Washington und Brüssel auf, Pristina zu beeinflussen, seine Verantwortung für die Umsetzung von Entscheidungen des Sicherheitsrates zu begreifen, an deren Vorbereitung sich der Westen, darunter auch die USA und Europa unmittelbar beteiligt haben, und die Kosovo-Albaner zu zwingen, den Provokations- und Konfrontationskurs einzustellen“, sagte Lawrow bei der Pressekonferenz nach den Verhandlungen mit seinem serbischen Amtskollegen Ivica Dacic.

Außerdem verwies Lawrow darauf, dass die EU ihren Funktionen als Vermittler zwischen Belgrad und Pristina nicht gerecht werde.

Dieselbe Erklärung wurde gestern auf der offiziellen Homepage des russischen Außenministeriums im Vorfeld des Treffens zwischen Lawrow und Dacic veröffentlicht: „Wir konstatieren, dass die EU, die laut der Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Vermittlungsrolle im Dialog zwischen Belgrad und Pristina spielt, ihren Funktionen nicht gerecht wird.“

Die Nato hatte im Kosovo-Konflikt vom 24. März bis 8. Juni 1999 ohne UN-Mandat Jugoslawien bombardiert. In dieser Zeit kamen verschiedenen Schätzungen zufolge zwischen 1200 und 2500 Menschen ums Leben, darunter etwa 270 Soldaten und Polizisten sowie 89 Kinder. Rund 12.500 weitere Zivilisten wurden verletzt. Zerstört wurden 148 Wohnhäuser und 62 Brücken, etwa 300 Schulen, Krankenhäuser und Staatseinrichtungen, 176 Kulturdenkmäler wurden beschädigt.

2008 erklärten die albanischen Behörden einseitig die Unabhängigkeit der Provinz.

Völkerrechtlich gehört die Region jedoch weiter zu Serbien: Obwohl mehr als die Hälfte der 192 UN-Nationen den Kosovo als unabhängigen Staat anerkannt haben, verpflichtet die Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates alle UN-Mitgliedsstaaten zur Wahrung der „Souveränität und Integrität der Bundesrepublik Jugoslawien“, deren Rechtsnachfolger Serbien ist.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images//32472/48/324724863.jpg>

nachmittags:

de.sputniknews.com: **F-35-Programm: Ankara erwartet von Mitgliedsländern Erfüllung ihrer Verpflichtungen**

Die Türkei hofft laut ihrem Verteidigungsminister Hulusi Akar darauf, dass alle Teilnehmerstaaten des Programms zur Produktion von Kampfjets der fünften Generation F-35 ihren Verpflichtungen nachkommen werden.

„Die Verhandlungen mit dem US-Verteidigungsminister sind positiv verlaufen. Wir verweisen mit Genugtuung darauf, dass sich die USA unseren Ansichten durchaus genähert haben. Wir haben alle unsere Verpflichtungen im Rahmen des F-35-Projektes erfüllt. Alle verstehen dies. Genauso erwarten wir, dass auch alle acht Teilnehmerstaaten des Projektes ihre Verpflichtungen uns gegenüber einhalten werden“, zitierte die Agentur Anadolu Akar nach dem Treffen mit seinem US-amerikanischen Amtskollegen Patrick Shanahan in Washington. Wie Akar weiter betonte, setzten die in die USA entsendeten türkischen Piloten ihre Ausbildung fort.

Der türkische Verteidigungsminister Hulusi Akar hält sich zurzeit zu einem Arbeitsbesuch in Washington auf. Zuvor hatte der Pressedienst des Pentagons mitgeteilt, die Verteidigungsminister beider Länder hätten Fragen der bilateralen Kooperation besprochen. Das Treffen verlief vor dem Hintergrund einer Zuspitzung der Beziehungen zwischen den USA und der Türkei. Die Differenzen sind auf Ankaras Pläne zurückzuführen, russische Fla-Raketenkomplexe S-400 zu erwerben.

Am F-35-Programm nehmen neben der Türkei auch die USA, Großbritannien, Italien, die Niederlande, Australien, Kanada, Norwegen und Dänemark teil.

Die Türkei will mindestens 100 F-35 Lightning II von Lockheed Martin erwerben. Der Kauf erfolgt im Rahmen des multinationalen F-35-Entwicklungsprogramms unter US-Ägide. Seit 2002 nimmt Ankara daran teil.

Zuvor war berichtet worden, der US-Kongress wolle die Lieferung von Mehrzweckkampfflugzeugen vom Typ F-35 an die Türkei auf Eis legen. Der Grund dafür sei die von Ankara bekundete Absicht, Raketenabwehrkomplexe S-400 „Triumph“ aus russischer Produktion zu kaufen.

Trotzdem waren zuvor in einem Betrieb des Rüstungsunternehmens Lockheed Martin in Fort-Worth (in Texas) die ersten zwei Jagdflugzeuge dieses Typs feierlich an die Türkei übergeben worden.

Wie ein Sprecher des Sekretariats der türkischen Rüstungsindustrie gegenüber Sputnik sagte,

würden aber die an die Türkei übergebenen Maschinen bis November 2019 in den USA bleiben, damit dort die Ausbildung der türkischen Piloten abgeschlossen werden könne.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32420/93/324209347.jpg>

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 17.04.2019**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **11-mal das Regime der Feueinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von acht Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 57. Panzergrenadierbrigade, der 24. mechanisierten Brigade sowie der 35. Marineinfanteriebrigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Mischantschuk, Guds und Palas aus **Trudowskije, Dokutschajewsk** und **Wasiljewka** mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwagenwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Gestern haben die Kämpfer der 93. mechanisierten Brigade ein weiteres Mal mit 120mm-Mörsern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen das Gebiet der Wasiljewker Pumpstation erster Ebene beschossen. Zum Glück konnten Opfer unter dem Personal vermieden werden.

Informationen über Schäden an der Infrastruktur der Station werden noch ermittelt.

Insgesamt hat der Gegner in dieser Richtung mehr als 40 Mörsergeschosse abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben die Kämpfer der 79. Luftsturmbrigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Kuratsch **Sachanka, Leninskoje, Oktjabrj** und **Kominternowo** mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen und dabei mehr als 20 Mörsergeschosse verwendet.

Wir erhalten weiter **Informationen über nicht kampfbedingte Verluste in den ukrainischen bewaffneten Formationen**. So hat am 16. April ein Soldat der 35.

Marineinfanteriebrigade, der von der physischen Erniedrigung erschöpft war, im Gebiet von Nowotroizkoje das Feuer mit einem Maschinengewehr auf Kameraden eröffnet, dabei starb ein Soldat, der Matrose Ju. Ju. Iwaschtschenko, weitere drei wurden unterschiedlich schwer verletzt. Der Schütze ist festgenommen, nach vorläufigen Informationen befand er sich unter Drogeneinfluss. Dieser Fall wird nach bestehender Tradition sorgfältig vom Kommandeur der 35. Brigade Palas gegenüber dem übergeordneten Stab verheimlicht. Wir schließen nicht aus, dass das Brigadekommando diese nicht kampfbedingten Verluste als infolge von Beschuss von Seiten der Volksmiliz der DVR erlitten darstellen wird.

Das verbrecherische ukrainische Kommando **behindert weiter die Arbeit der OSZE-Mission** im Donbass, um die schweren Waffen, die sich in Verletzung der Minsker Vereinbarungen außerhalb der festgelegten Gebiete befinden, zu verheimlichen. Diese Fälle

kommen regelmäßig in den Berichten der Mission zum Ausdruck. Insbesondere unternehmen die ukrainischen Kämpfer, neben regelmäßigen Zugangsverboten für Fahrzeuge der OSZE-Patrouillen in Gebieten mit Konzentrationen schwerer Waffen, weiterhin Versuche, die OSZE-Drohnen zu behindern. So hat am 13. April eine mobile Gruppe der elektronischen Kriegsführung von Einheiten der ukrainischen Streitkräfte das GPS-Signal einer Drohne weiter Reichweite der Mission unterdrückt, was auch in einem Bericht der OSZE-Mission zum Ausdruck kommt.

Außerdem haben Beobachter der OSZE-Mission die Ergebnisse eines Beschusses der Umgebung von Sosnowkoje durch ukrainische Kämpfer mit 122mm-Artillerie in der Nacht auf den 13. April festgehalten. Ich erinnere daran, dass der Beschuss aus Richtung Tschermalyk kam. Insgesamt haben Vertreter der OSZE-Mission 25 frische Krater entdeckt. Wir äußern die Hoffnung, dass dieser empörende Fall der Verwendung schwerer Waffen durch ukrainische Kämpfer auf dem nächsten Treffen in Minsk nicht unbeachtet bleiben wird. Die Maßnahmen zur Verheimlichung schwerer ukrainischer Waffen verlaufen nicht immer erfolgreich, und die Beobachter der Mission stellen sie fest. Nach uns vorliegenden Informationen hat der Kriegsverbrecher Palas einen Verweis vom Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ Sodol wegen nicht zufriedenstellender Tarnung verbotener Waffen im vordersten Bereich erhalten. Nachdem der Brigadekommandeur Palas den disziplinarischen Verweis erhalten hat, haben die Kämpfer der 35. Marineinfanteriebrigade mit der Durchführung von Maßnahmen zur Tarnung der Positionen und schweren Waffen am Abschnitt zwischen Nowotroizkoje und Nikolajewka begonnen.

de.sputniknews.com: **Russland schließt Lieferung von Su-35-Kampffjets an China ab**

Russland hat alle 24 Jagdflugzeuge vom Typ Su-35 an China geliefert. Dies berichten russische Medien unter Berufung auf die jüngsten Aussagen des Chefs des Waffenexporteurs Rosoboronexport, Alexander Michejew.

Er bestätigte, dass Russland bereits alle Maschinen an China geliefert habe. Zuvor war in den russischen Medien eine mit der Situation vertraute Quelle mit der gleichen Information zitiert worden. Diese Quelle teilte unter anderem mit, dass die Umsetzung des Vertrags, der nicht nur die Lieferung der Flugzeuge vorsieht, im Jahre 2020 abgeschlossen werden soll.

Der Vertrag mit dem russischen Rüstungsunternehmen Rosoboronexport über die Lieferung von 24 Jagdflugzeugen mit einem Gesamtwert von rund 2,5 Milliarden US-Dollar wurde im November 2015 abgeschlossen.

China ist der erste ausländische Kunde, der die Su-35 bestellt hatte. Zuvor hatten amerikanische Militärexperten erklärt, das Vorhandensein russischer Kampfflugzeuge dieses Typs habe Chinas Streitkräfte im asiatisch-pazifischen Raum maßgeblich gestärkt. Zudem hatten sie die Su-35 als „Alptraum und Kopfschmerzen“ für die amerikanische Luftwaffe in Asien bezeichnet.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31963/00/319630035.jpg>

de.sputniknews.com: **Türkei lässt ihre Nato-Mitgliedschaft wegen S-400 nicht in Frage stellen**

Die Türkei hält es für inakzeptabel, dass im Kontext des Erwerbs der russischen S-400-Systeme die Frage erörtert wird, das Land aus der Nato auszuschließen. Dies sagte der Pressesprecher des türkischen Präsidenten, Ibrahim Kalin, gegenüber der Nachrichtenagentur Anadolu.

„Die Türkei ist ein vollberechtigtes Nato-Mitglied und ist stimmberechtigt beim Treffen jeglicher Allianzentscheidungen“, sagte er.

Es sei inakzeptabel, dass man die Frage des Ausschlusses der Türkei aus der Nato im Kontext des S-400-Erwerbs bespreche. Ferner sagte er: „Die Beziehungen zu Russland sind für die Türkei keine Alternative zu einem Dialog mit den USA und der EU, wie auch die Beziehungen zum Westen keine Alternative zu Verbindungen zu Russland sind.“ Er verwies darauf, dass man Argumente anführe, wonach die Stationierung der S-400-Systeme durch die Türkei zur Bedrohung für den F-35-Vertrag werde.

„Darum hat Ankara vorgeschlagen, einen technischen Ausschuss unter der Nato-Ägide zu schaffen. Die Türkei erwartet von den USA eine Antwort auf diesen Vorschlag“, erläuterte der Pressesprecher.

Laut seinen Worten zeichnet sich nun eine schwere Periode in den Beziehungen zwischen Ankara und Washington ab. Es gehe dabei nicht nur um das S-400-Abkommen und die Lieferung der F-35-Maschinen. „Die Hauptprobleme im Dialog zwischen den beiden Ländern sind mit Washingtons Unterstützung der Terroristen von YPG/PKK und der Verzögerung der Auslieferung von (Fethullah) Gülen an die Türkei verbunden.“

Zuvor hatte US-Außenminister Mike Pompeo bei Anhörungen zum Haushalt für 2020 vor dem Senate Committee on Appropriations erklärt, dass die Türkei ihr Recht auf eine Teilnahme am Programm der Entwicklung und des Kaufs der F-35-Flugzeuge verliere, falls sie russische Raketenkomplexe vom Typ S-400 stationieren sollte.

Eine Gruppe von US-Senatoren hatte zuvor einen Gesetzentwurf vorgelegt, der den USA die Lieferung von Kampfflugzeugen vom Typ F-35 an die Türkei untersagen soll, bis Ankara auf den Kauf von russischen S-400-Luftabwehrsystemen verzichtet habe.

Früher hatte US-Vizepräsident Mike Pence auf der Konferenz anlässlich eines Treffens der Außenminister der Nato-Mitgliedstaaten in Washington erklärt, dass der Kauf der russischen Raketenabwehrsysteme des Typs S-400 durch die Türkei die Vereinigten Staaten ernsthaft beunruhige und die Einheit der Nato bedrohe.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan erklärte seinerseits, dass niemand von der Türkei verlangen könne, auf den Erwerb von russischen S-400-Raketenabwehrsystemen zu

verzichten, da dieser ihm zufolge ein Hoheitsrecht des Landes sei.

mil-Inr.info: **Erklärung des Leiters des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij**

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat eine Tendenz zur Stabilisierung, bleibt aber angespannt.

In den letzten 24 Stunden wurden **keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten der ukrainischen Truppen festgestellt. Offensichtlich hängt das mit dem Besuch des stellvertretenden Leiters der OSZE-Beobachtermission in der Ukraine Mark Etherington in der „OOS“-Zone zusammen.

Dabei **setzten die ukrainischen Truppen** jedoch, während sie zeitweilig den Beschuss des Territoriums der Republik einstellten, die **Konzentration von Kräften und Mitteln entlang der Kontaktlinie fort**.

So hat unsere Aufklärung die Ankunft von drei Schützenpanzern im Gebiet von Popasnaja und zwei URAL-Fahrzeugen mit Munition im Gebiet von Krymskoje festgestellt.

Wir schließen in der nächsten Zeit provokativen Beschuss in dieser Richtung nicht aus.

Im Zusammenhang mit den warmen Frühlingstemperaturen haben die Einwohner der Republik und der grenznahen Ortschaften mit den landwirtschaftlichen Arbeiten begonnen.

Nach Angaben von unseren Quellen ist **an der ganzen Kontaktlinie** in den Gebieten von Staniza Luganskaja, Krymskoje und Solotoje-4 die **Aktivierung von Scharfschützen** mit Unterstützung von Mörsermannschaften festzustellen. Diese Aktivitäten sind auf den Beschuss friedlicher Bürger gerichtet, um dann die Volksmiliz der LVR dessen zu beschuldigen. Eine deutliche Bestätigung dafür ist der Beschuss von Solotoje-5 von den Positionen der 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte am 14. April, in dessen Ergebnis ein 12jähriges Mädchen verletzt wurde.

Außerdem werden nach Mitteilung einer Quelle **am KPP „Staniza Luganskaja“** im Vorfeld der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen gemeinsame **Razzien von Vertretern der ukrainischen Streitkräfte und des SBU** durchgeführt. Diese Aktivitäten sind auf die Auffindung von Personen gerichtet, die ein negatives Verhältnis zur derzeitigen Regierung haben. Außerdem sind Fälle bekannt, in denen Bürger verschwunden sind, die der SBU angeblich zur Überprüfung ihrer Dokumente festgenommen hat.

Diese Fälle zeugen davon, dass die ukrainische Führung, die ihre Positionen verliert, versucht, mit allen Mitteln die Bürger des Landes zu zwingen, bei den Wahlen Poroschenko zu unterstützen und, sie nutzen dazu Erpressung und Gewalt.

Die **ukrainischen Truppen fälschen weiter Fälle des Beschusses von Ortschaften** im Gebiet der Abgrenzungslinie und versuchen der Weltöffentlichkeit eine direkte Beteiligung von Einheiten der Volksmiliz daran zu vermitteln. Für diese Provokationen werden Vertreter ausländischer Massenmedien herangezogen.

Am 16. April wurde im Verantwortungsbereich der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte die Arbeit von **Filmteams von Informationsagenturen aus den Niederlanden** festgestellt. Die ausländischen Journalisten, die Videoreportagen drehen, wissen nicht von den inszenierten Aktivitäten der ukrainischen Streitkräfte, die das Ziel haben, die Volksmiliz des Beschusses von Ortschaften zu beschuldigen. Dazu werden die ukrainischen Truppen nach eingespieltem Schema Ortschaften auf von ihnen kontrolliertem Territorium beschießen.

Wir stellen weiter **Fälle von nicht kampfbedingten Verlusten des Gegners** fest. Ein weiterer Fall ereignete sich in einer Einheit der 54. mechanisierten Brigade im Gebiet von Swobodnyj. Am 16. April starb ein Soldat und zwei wurden verletzt, als sie auf von der eigenen Einheit installierte Minen gerieten. Das Kommando der Brigade verheimlicht die Ursachen und Umstände des Geschehens sorgfältig gegenüber dem übergeordneten Stab. Nach bereits bestehender Tradition hat der Kommandeur der Brigade Majstrenko diese als

Verluste durch Beschuss, angeblich von Seiten unserer Einheiten, dargestellt. Die Volksmiliz der LVR hält die Minsker Vereinbarungen streng ein. Wir sind nach wie vor offen für einen Dialog und bereit zu einer friedlichen Lösung des Konflikts, aber im Fall von Provokationen von Seiten des Gegners, sind wir zu äußerst entschiedenen Handlungen bereit. Wir erhöhen weiter das Niveau der Professionalität des Personals und die Fähigkeit zur Erfüllung von Aufgaben zur Verteidigung unserer Republik. In den Verbänden und Truppenteilen der Volksmiliz der LVR werden regelmäßig Übungen durchgeführt.

de.sputniknews.com: **Aus Vergangenheit nichts gelernt? Bundeswehrsoldaten auf Kreta beleidigen Griechen**

Zwei Bundeswehrsoldaten haben den Unmut vieler Griechen auf sich gezogen. Sie tauschten auf der Insel Kreta eine griechische Flagge gegen eine deutsche aus. Ihre Strafe wurde in den sozialen Medien als „Streicheleinheit“ empfunden.

Der Vorfall ereignete sich am vergangenen Sonntag. Nach Angaben der griechischen Zeitung „To Proto Thema“ waren zunächst fünf Männer, Marinesoldaten von einem Nato-Stützpunkt, zu einem Aussichtspunkt in der Nähe der Hafenstadt Chania gewandert. Dort wehte eine griechische Flagge. Die Soldaten sollen sie eingeholt haben und stattdessen die deutsche Fahne gehisst haben. Die griechische ließen sie demnach mit einem Stein beschwert auf dem Boden liegen.

Nachdem wutentbrannte Kreter die Männer zur Rede stellten und die Polizei riefen, seien drei von ihnen geflohen, berichtet das Blatt weiter. Die übrigen zwei wurden am Montag wegen Verunglimpfung nationaler Symbole zu einer Bewährungsstrafe verurteilt.

Der Vorfall soll nach Angaben der „Welt“ in den sozialen Medien hohe Wellen geschlagen haben. Das Urteil wurde als „Streicheleinheit“ kritisiert und war vielen Griechen offenbar zu mild. Dem Bericht zufolge sollen die beiden Marinesoldaten wegen des Vorfalls nach Deutschland zurückgeholt werden.

Historisch haben deutsche Truppen auf Kreta jede Menge verbrannte Erde zurückgelassen. Die Nationalsozialisten begingen auf der Insel einige der schrecklichsten Kriegsverbrechen. Ganz Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht und ihre Bewohner getötet. Am 20. Mai jährt sich die „Schlacht um Kreta“ zum 78. Mal. Bei den Luftangriffen im Jahr 1941 ließ die Wehrmacht über 5.000 Fallschirmjäger im Osten der Insel abspringen. Es gab auf beiden Seiten Tausende Opfer. In vielen Dörfern der Insel gibt es Gedenkorte, die an die Kriegsverbrechen und an die Gefallenen erinnern, unter anderem zwei Soldatenfriedhöfe.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images//32472/71/324727193.jpg>

de.sputniknews.com: **Beschämend wenig Entschädigung für sowjetische Kriegsgefangene**
Armin Siebert

2015 hatte der Bundestag auf Drängen der Linken und der Grünen beschlossen, den verbliebenen sowjetischen Kriegsgefangenen eine einmalige Entschädigung auszuzahlen. Wie sich jetzt herausstellt, wurde nur ein Bruchteil der Summe gezahlt, da viele Anträge an bürokratischen Hürden gescheitert sind.

Etwa 5,7 Millionen Sowjetbürger wurden von Nazideutschland in Kriegsgefangenschaft genommen. Durch unmenschliche Behandlung, Ausbeutung bis zur totalen Erschöpfung, aber auch durch gezielte Tötung starben allein bis 1945 3,3 Millionen der gefangenen Sowjetsoldaten.

Heute leben nur noch wenige von ihnen. Das Thema der Entschädigung dieser Kriegsgefangenen wurde lange von der bundesdeutschen Politik verdrängt. Dabei hat vor allem die deutsche Rüstungsindustrie von den Zwangsarbeitern aus dem Osten profitiert. Hinzu kommt, dass die Kriegsheimkehrer auch in ihrer Heimat nicht unbedingt gern gesehen waren und als möglicher Verräter beargwöhnt wurden. Viele konnten später keine Karriere machen und fristeten ihre letzten Lebensjahre bei karger Rente.

Einmalig 2500 Euro – 60 Jahre nach Kriegsende

Erst im Mai 2015, also 60 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, rang sich der Bundestag auf Antrag der Fraktionen der Linken und der Grünen dazu durch, den ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen zumindest eine einmalige Entschädigung von 2500 Euro zu zahlen. Dieser Betrag ist sicher lächerlich und empörend angesichts des Leids und der Ausbeutung, die die Kriegsgefangenen in Deutschland durchlebten. Für viele Rentner in der ehemaligen Sowjetunion ist dies aber durchaus eine Summe, die hilft.

Doch wie sollten die Veteranen an das Geld gelangen? Wenn sie überhaupt von dieser Möglichkeit erfuhren, dann stießen sie meist beim Ausfüllen des Antrages auf Schwierigkeiten. Zumal die Entschädigung auch nur von den Betroffenen selbst beantragt werden durfte. Auch war es den Betroffenen nicht immer leicht, ihre Kriegsgefangenschaft nachzuweisen, da viele zu Sowjetzeiten bemüht waren, dies geheim zu halten und entsprechende Dokumente zu vernichten.

Nur gut die Hälfte der Anträge wurde genehmigt

So kam es, dass von 2092 Anträgen 511 abgelehnt wurden. Weitere 384 Anträge kamen zu spät. Es galt eine Frist von zwei Jahren für die Antragstellung, die am 30. September 2017 auslief. Zu spät eingetroffene Anträge wurden grundsätzlich abgelehnt. Die einmalige Anerkennungsleistung in Höhe von 2500 Euro bekamen letzten Endes nur 1197 ehemalige Angehörige der sowjetischen Streitkräfte, die in deutscher Kriegsgefangenschaft waren. So wurden von den als Anerkennungsleistung bereit gestellt zehn Millionen Euro nur 2,9 Millionen Euro ausgezahlt.

„Hartherzig und formalistisch“

Heraus kamen diese Zahlen durch eine aktuelle Anfrage des Bundestagsabgeordneten Jan Korte von der Linkspartei. In der Antwort der Bundesregierung wird betont, dass diese Anerkennungsleistung 2015 nur vom Parlament beschlossen wurde und dass kein „Rechtsanspruch“ darauf bestehe. Anscheinend ist die Bundesregierung mit diesem Thema allenfalls pflichtgemäß und passiv umgegangen und hat sich nicht aktiv bemüht, den ehemaligen Kriegsgefangenen den Erhalt dieser kleinen Entschädigung schnell und unkompliziert zu ermöglichen. Ähnlich sieht dies auch der Fragesteller Jan Korte. Dem „Neuen Deutschland“ sagte er, es bleibe „der ungute Eindruck, dass die Regierung sich nun auf den Standpunkt stellt, man habe seine Schuldigkeit getan und möge zukünftig von dem Thema verschont bleiben“. Der Bundestagsabgeordnete ist sich sicher, dass man in diesem Fall im Bundestag leicht eine Mehrheit für eine unbürokratische Fristverlängerung gefunden hätte. Korte bezeichnet das Verhalten der Bundesregierung als „hartherzig und formalistisch“. Nur gut 1000 entschädigte sowjetische Kriegsgefangene nennt Korte gegenüber dem „Neuen Deutschland“ eine „extrem bittere und beschämende Bilanz“. Korte kritisiert auch, dass die Bundesregierung bisher „von sich aus keinerlei Überlegungen anstellen will, wie man mit den

nicht abgerufenen Mitteln zumindest die Erinnerungsarbeit stärken will“.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32472/71/324727133.jpg>

de.sputniknews.com: **Ersatz für Tomahawk und Harpoon: USA wollen eine neue Universal-Rakete**

Die USA beabsichtigen laut dem französischen Fachmagazin „Air & Cosmos“, bis zum Jahr 2030 eine neue Universal-Rakete zu entwickeln, die den Marschflugkörper „Tomahawk“ und auch den Seezielflugkörper „Harpoon“ ersetzen soll.

Demnach soll das Naval Air Systems Command (NAVAIR), das materielle Unterstützung für Flugzeuge und Luftwaffensysteme für die Marine leistet, die Industrie dazu aufgefordert haben, Informationen über die Fortschritte und die Kosten bezüglich der bereits vorhandenen oder auch aufkommenden Technologien bereitzustellen, die bei der Entwicklung einer neuen Rakete bis zum Jahr 2030 eingesetzt werden können.

Diese Rakete müsse in der Lage sein, See- und Bodenziele mit gleicher Treffsicherheit zu treffen. Als Träger für das neue Produkt solle das Mehrzweckkampfflugzeug F-35 dienen. Die Rakete selbst, so die Konzeption, sollte im Innenraum als auch außerhalb des Kampfflugzeugs F/A-18 oder des U-Boot-Jagdflugzeugs P-8, aber auch der Kampffjets der nächsten Generation untergebracht werden können. Es werde erwartet, dass die neue Rakete den Marschflugkörper vom Typ „Tomahawk“ und den Seezielflugkörper „Harpoon“ in sich vereinen werde.

Das Naval Air Systems Command (NAVAIR) habe vor, die Fähigkeiten der neuen Waffe zur gegenseitigen Einwirkung mit anderen Raketen sorgfältig zu studieren, heißt es im Beitrag. Zudem solle auch die Perspektive des Einsatzes aller Raketensysteme, darunter das Navigations-, Informations- und Kampfsystem, ins Visier genommen werden. Das Naval Air Systems Command verbreite derzeit keine Informationen darüber, wie viel die Entwicklung der neuen Rakete kosten werde.